



Frei: Diesel darf man nicht kaputtreden

Bundestagsabgeordneter spricht bei
Versammlung der CDU

Foto: Pleul

Bei der Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbands sprachen Manfred Scherer als Bürgermeister-Stellvertreter und Fraktionsvorsitzender sowie Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei über die örtlichen Projekte und die Bundespolitik.

■ Von Stephan Hübner

St. Georgen. Im Rahmen der Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbands im Hotel Federwerk sprach Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei über die Ausrichtung der Bundespolitik und die Probleme der Großen Koalition.

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl zeigen laut Frei einen erheblichen Vertrauensverlust. Das sei auch dem Bild geschuldet, das die große Koalition abgegeben habe. Der Niedergang großer Volksparteien sei eine fundamentale Veränderung der Parteiendemokratie. Dabei brauche es diese als Integrationskraft für viele Menschen, betonte Frei.

Nur darüber zu diskutieren, dass man Politik besser kommunizieren müsse, sei nicht angebracht, sagte er. Wichtig sei es, zu erkennen, dass es nicht immer um persönliche Verantwortung, sondern vielmehr um richtige Entscheidungen für die Zukunft gehe.

Die große Koalition habe

nicht richtig Tritt gefasst, es sei aber auch einiges passiert. Als Beispiele nannte Frei Mütter- und Erwerbsminderungsrenten, ein kommendes Fachkräftezuwanderungsgesetz und milliardenschwere Investitionen im Bereich Kinderbetreuung.

Anschluss an den Ringzug ist ein wichtiges Thema

Viele Bürger hätten den Eindruck, dass bestimmte Tatsachen nicht ausreichend thematisiert würden, weiß Frei. Man dürfe es nicht ausblenden, betonte er, wenn Migranten, die sich eigentlich gar nicht mehr in Deutschland aufhalten dürften, Straftaten begingen. »Die Menschen erwarten, dass wir den Rechtsstaat durchsetzen«, sagte er. Angepasst werde deshalb das Polizeigesetz: 1500 zusätzliche Stellen seien bei der Landespolizei, 7000 bei der Bundespolizei geplant.

Der Bundestagsabgeordnete machte klar: Angesichts von Rekord-Steuereinnahmen müsse der Staat den Menschen etwas zurückzugeben. Bis 2021 den Solidaritätszuschlag abzuschaffen – das wäre ein Signal von Handlungsfähigkeit.

Wo Betrug stattdessen finde, werde es straf- und zivilrechtliche Konsequenzen geben, so Frei zum Diesel-Thema. Damals hätten die Autokonzerne allerdings alle Anforderungen er-

füllt, sagte er. Bei Feinstaub sei eine Lösung nicht einfach, Steuerzahler aber nicht die richtige Adresse, hob der Politiker hervor. Frei kritisierte das Kaputtreden des Diesels, denn dieser ist seiner Meinung nach der beste Motor. Zudem werde der weltweit beste Diesel in Baden-Württemberg gebaut.

Im Kreis laufe alles bestens, so Frei mit Hinweis auf Rekordinvestitionen bei Straßen und Berufsschulen sowie auf die Schuldenreduzierung. Man wolle unbedingt den Anschluss an den Ringzug für St. Georgen, auch wenn wohl nicht alles umgesetzt werden könne.

Manfred Scherer als Bürgermeister-Stellvertreter und Fraktionsvorsitzender gab einen Überblick über örtliche Projekte, die in St. Georgen laufen. Laut Scherer begannen im Zuge der Innenstadtsanierung Arbeiten am »Roten Löwen«. Dessen Substanz sei recht gut – bis auf den Aufgabebereich des Dachstuhls. Der Innenbereich solle in den Urzustand von 1866 zurückgebracht werden. Das werde 3,5 bis 4 Millionen Euro kosten, etwa 60 Prozent davon würden bezuschusst.

Bei den Tiefgaragen gebe das Land keine Zuschüsse, da schon früher Gelder geflossen seien, erklärte Scherer. Der Beton sei relativ stark angegriffen, die Kosten der reinen Sanierung lägen bei zehn Millionen Euro. Die von der Post genutzte Tiefgarage gehöre

der Stadt, sie habe darauf aber wegen vertraglicher Vereinbarungen keinen Zugriff.

Undichtes Kinderbecken verursacht Besucherrückgang

Bürgermeister Michael Rieger habe stark für den Ringzug gekämpft, betonte Scherer. Der Bau von drei Haltepunkten könnte zwölf Millionen Euro kosten, was aber vom Land bezahlt werde. Trotzdem gebe es bei diesem Thema noch Gesprächsbedarf. Scherer sprach auch das Problem mit dem undichten Kinderbecken im Hallenbad an. Der dadurch verursachte Besucherrückgang sei gravierend, sagte er.

Der Bürgermeister-Stellvertreter findet es gut, dass St. Georgen sich der Hochschwarzwald Tourismus GmbH anschließen möchte. Alleine könne man diesen Bereich nicht stemmen.

In Sachen Bundespolitik befürwortete Scherer den von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossenen Rücktritt vom Vorstand. Sie habe Deutschland weitergebracht und genieße in Europa unwahrscheinliches Ansehen. Durch verlorene Wahlen sei dieser Schritt aber notwendig. Schwierig zu vertreten sei beim Diesel-Thema, dass der Bürger zahlen solle, meinte Scherer. Er habe die Befürchtung, dass es auch beim Kohleausstieg ähnliche Probleme geben werde.



Thorsten Frei (rechts) spricht beim CDU-Ortsverband über Probleme der Großen Koalition.

Foto: Hübner